Sozialwohnungen statt einer neuen Notunterkunft

FLU fordert Planungsstopp für einen Neubau an der Kamener Straße.

Von Sebastian Smulka

Königsborn. Neubaupläne für eine Flüchtlingsunterkunft an der Kamener Straße waren von Anfang an umstritten. Die Freie Liste fordert nun einen Planungsstopp und zudem den Verkauf des Grundstückes für den Bau von Sozialwohnungen. Die Stadt könne dadurch mehrere Probleme lösen.

Gleich zwei aktuelle Entwicklungen sprechen für FLU-Fraktionschef Klaus Göldner gegen das Millionenprojekt: die zusätzlichen Sparzwänge der Stadt und die absehbare Entwicklung der Flüchtlingslage. Zudem aber ist in Unna ein zunehmender Mangel an Sozialwohnungen zu erwarten, weil alte Immobilien ans Ende der Bindefrist kommen und zu wenig neu gebaut wird.

2,4 Millionen Euro könnte ein Neubau nach bisherigen Schätzungen der Stadt kosten. Skeptiker hatten diese Zahl als hoch gegriffen eingeschätzt. Dennoch ist sie die offizielle Orientierungsgröße auch für die Politik, solange der beauftragte Architekt keine andere Zahl vorlegt. Göldner verweist nun darauf, dass die Stadt eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die bis zum Jahr 2020 eine Haushaltsverbesserung von 3,5 Millionen Euro aufzeigen soll. Sie könnte sich entweder für höhere Steuern aussprechen oder Maßnahmen zur Kostensenkung vorschlagen. Der Neubau eines Übergangswohnheimes sei deshalb kritisch zu prüfen.

Göldner vermutet zudem, dass ein solches Wohnheim gar nicht mehr gebraucht werde. Er verweist auf einen weiterhin nachlassenden Zustrom von Flüchtlingen. Überdies sei davon auszugehen, dass die Zahl der Asylbewerber in Deutschland nach Prüfung der Anträge durch Abschiebungen sinkt.

Der Verkauf des 4.800 Quadratmeter großen Grundstücks an einen gemeinnützigen Wohnungsbauträger würde schließlich den Bau von Sozialwohnungen ermöglichen. Dort könnte die Stadt dann auch Flüchtlinge unterbringen, die nach bewilligtem Asylantrag eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben. Göldners Idee liegt der Politik zur Beratung vor.